

Studie

E-Government für Unternehmen

[01.07.2014] Laut einer Studie des Beratungsunternehmens BearingPoint müssen sich digitale Verwaltungsdienstleistungen stärker am Bedarf der Unternehmen ausrichten. Die Angebote sollten außerdem besser publik gemacht werden.

Die deutsche Verwaltung sollte ihr Angebot im Bereich E-Government stärker am Bedarf von Unternehmen ausrichten. Das empfiehlt das Beratungsunternehmen BearingPoint. Zudem sollten der Bekanntheitsgrad von Leistungen in diesem Bereich erhöht und die Nationale E-Government-Strategie (NEGS) sowie die Digitale Agenda der Bundesregierung stärker publik gemacht werden. Basis für diese Empfehlung ist eine Umfrage, die das Unternehmen zusammen mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag unter 370 deutschen Unternehmensvertretern durchgeführt habe. Alexander Schmid, Partner bei BearingPoint und verantwortlich für die Studie, sagt: „Die Wirtschaft erwartet mehr digitale Angebote und einfachere Zugänge zu E-Government-Dienstleistungen, um ihren Bürokratieaufwand zu senken. Laut unserer Studie würde dies für Unternehmen einen ganz wesentlichen Mehrwert bei Meldepflichten sowie Genehmigungs- und Zulassungsverfahren mit sich bringen. Ansonsten nutzen E-Government-Angebote nur der Verwaltung, nicht aber der Zielgruppe in der Wirtschaft.“ Im Rahmen der Umfrage gaben laut der Meldung rund 85 Prozent der Unternehmen an, dass für sie die fehlende Kenntnis von E-Government-Angeboten eine Hürde darstellt. Die große Mehrheit der Unternehmen (77 Prozent) hat zudem Bedenken hinsichtlich Datenschutz und Sicherheit und nutzt daher das digitale Angebot der Verwaltung nicht oder nicht in vollem Umfang. Darüber hinaus kritisieren die Befragten, dass digitale Verwaltungsleistungen technisch zu komplex und die Services für sie nicht immer relevant sind. „Für die Verwaltung lassen sich diese Aussagen als Weckruf verstehen“, erläutert Schmid. „Ihre massiven Investitionen im Bereich E-Government aus den vergangenen Jahren müssen geschützt werden. Die Verwaltung sollte ihre digitalen Angebote dringend besser kommunizieren und konsequent weiter an den Bedürfnissen der Nutzer ausrichten. Dabei kommt ihr zugute, dass bereits sechs von zehn Unternehmen die Qualität der vorhandenen digitalen Zugangskanäle zur Verwaltung als mittel bis sehr gut bewerten.“ Um das Potenzial von E-Government voll auszuschöpfen, müssen laut Schmid aber auch die Unternehmen aktiv werden und gemeinsam mit der Verwaltung die IT-Sicherheit ausbauen. Laut der Umfrage sehen die Teilnehmer eine hohe Bereitschaft aufseiten der Wirtschaft, sich an der Diskussion zu IT-Sicherheit zu beteiligen. Sechs von zehn Unternehmen würden sogar eine stärkere Regulierung der IT-Sicherheit grundsätzlich unterstützen. Rund 80 Prozent der Unternehmen sehen in der Vereinfachung von Wirtschaftsvorgängen den Hauptnutzen von E-Government. Für rund 76 Prozent stehe die Zeitersparnis und für rund 65 Prozent die Kostenreduzierung im Vordergrund. Schmid: „E-Government kann einen erheblichen volkswirtschaftlichen Nutzen entfalten. Das haben schon frühere Berechnungen von BearingPoint im Rahmen der E-Government-Initiative BundOnline gezeigt.“ Für Wirtschaft und Bürger sind laut der Meldung Einsparpotenziale von 400 Millionen Euro durch E-Government-Angebote des Bundes ermittelt worden. Laut einer BearingPoint-Umfrage aus dem Jahr 2013 begrüßen Behörden mehrheitlich den Ausbau von E-Government-Angeboten ([wir berichteten](#)).

(ve)

Hier können Sie die gesamten Umfrageergebnisse anfordern.

Stichwörter: Panorama, Studie